

Alter wird Alltag

Die aktuelle Rentendiskussion hat nicht nur Spannungen in der Bundesregierung verursacht, sie macht auch deutlich, dass Deutschland mittendrin ist im demographischen Wandel. Und der geht weiter als die Rentendiskussion. Die Gesellschaft altert, Haushalte werden kleiner, und die Herausforderungen für Wirtschaft, Sozialsysteme und Wohnungsmarkt nehmen zu.

Deutschland befindet sich inmitten tiefgreifender demografischer und gesellschaftlicher Veränderungen, deren Auswirkungen weit über die reine Bevölkerungszahl hinausgehen. In den letzten zehn Jahren hat nur die hohe Nettozuwanderung verhindert, dass die Gesamtbevölkerung schrumpft. Seit Jahrzehnten liegt die Geburtenrate unter dem für eine stabile Bevölkerungsentwicklung notwendigen Niveau.

Doch Migration allein kann die strukturellen Herausforderungen nicht lösen. Die deutsche Bevölkerung schrumpft zwar nicht unmittelbar, aber sie wird definitiv älter. Das Durchschnittsalter liegt mittlerweile bei 45 Jahren und der Anteil der über 64-Jährigen wird laut dem Statistischen Bundesamt bis 2050 auf 27 Prozent ansteigen. Besonders die Alterung der Babyboomer-Generation wird die gesellschaftliche Struktur in den kommenden Jahren stark verändern, mit Folgen für Pflege, Arbeitsmarkt und soziale Sicherungssysteme.

Parallel dazu verändert sich die Haushaltsstruktur: Die durchschnittliche Haushaltsgröße sinkt kontinuierlich und liegt derzeit bei 2,0 Personen. Der Anteil an Einpersonenhaushalten nimmt stetig zu, was den Wohnraumbedarf unabhängig von der Bevölkerungszahl erhöht. Besonders in Großstädten herrscht daher ein Missverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage. Viele Wohnungen entsprechen nicht den Bedürfnissen kleinerer und älterer Haushalte. Die Nachfrage nach barrierefreiem und altersgerechtem Wohnraum steigt, während das Angebot oft auf klassische Familienhaushalte zugeschnitten bleibt.

Auch beim Vermögen im Alter zeigt sich ein differenziertes Bild. Entgegen der Life-Cycle-Hypothese muss die Mehrheit älterer Menschen ihr Vermögen nicht abbauen, um den Lebensstandard zu halten - zumindest laut Statistik. Eine zentrale Gruppe bleibt dabei allerdings unberücksichtigt: Pflegeheimbewohner. Sie gelten statistisch nicht als eigene Haushalte und werden daher in Vermögensbefragungen nicht erfasst. Dabei machen sie fast zehn Prozent aller über 74-Jährigen aus. Ihre finanzielle Lage ist häufig angespannt, nicht zuletzt durch hohe Pflegekosten, die mittlerweile deutlich über der durchschnittlichen Rentenhöhe liegen. Die tatsächliche Vermögenslage im Alter bleibt somit verborgen.

Der demographische Wandel in Deutschland hat nicht nur Folgen auf das Rentensystem bzw. die Bezahlbarkeit von Renten. Vielmehr hat der demographische Wandel auch weitgehende Folgen auf den Wohnungsmarkt, den Arbeitsmarkt sowie Gesundheits- und Pflegesysteme.

Carsten BrzeskiChief Economist
Carsten.Brzeski@ing.de**Moritz Manthey**Economic Research Intern
Moritz.Mantheyl@ing.de

Vielleicht nicht weniger, aber definitiv älter

Im Jahr 2024 lag die durchschnittliche Geburtenrate in Deutschland bei 1,35 Kindern pro Frau, und damit deutlich unter dem Wert von 2,1, welcher nötig wäre, damit die Bevölkerungszahl sich aus eigener Kraft stabilisiert. Dies spiegelt sich auch in der demografischen Bilanz des Jahres wider: Rund 670.000 Geburten stehen etwa einer Million Todesfällen gegenüber. Das entspricht einer jährlichen Bevölkerungsschrumpfung in der Größenordnung einer Großstadt wie Bonn oder Bielefeld. Und das Jahr für Jahr. Zwar war der Sterbeüberschuss in den letzten Jahren historisch besonders hoch, doch grundsätzlich besteht er bereits seit den frühen 1970er-Jahren.

Es überrascht daher kaum, dass bei beinahe allen Bevölkerungsprognosen schon seit fast zwanzig Jahren ein Schrumpfen Deutschlands vorhergesagt wird. Das Problem? Es ist bisher noch nie dazu gekommen. Im Gegenteil, die deutsche Bevölkerung war noch nie größer als aktuell. Die Erklärung dafür ist einfach: Zuwanderung. Während die Modellprognosen meistens von einer Zuwanderung von 200.000 Menschen pro Jahr ausgehen, betrug die durchschnittliche Nettozuwanderung der letzten zehn Jahre 600.000 Personen pro Jahr. Besonders signifikant war hierbei die Flüchtlingswelle im Jahr 2015 sowie die ukrainische Migration in Folge des russischen Angriffskrieges. In der Spitze sorgten allein diese beiden Begebenheiten zu einer Nettomigration von einer bzw. eineinhalb Millionen Menschen pro Jahr. Ob Deutschland in den nächsten Jahren nun wirklich schrumpfen wird, hängt also stark von der weiteren Einwanderung ab.

Aber demographischer Wandel macht sich gar nicht so sehr an der gesamten Bevölkerungszahl fest, sondern viel mehr an der Altersstruktur der Bevölkerung. In Deutschland eine wichtige Größe. Mittlerweile steht das Durchschnittsalter bei 45 Jahren, in ländlichen Regionen höher, in städtischen geringer.

In den nächsten Jahren wird sich genau diese Altersstruktur weiter verschieben. Der Anteil der Menschen im Alter von über 64 Jahren wird kontinuierlich anwachsen. Laut Statistischem Bundesamt von aktuell gut 20 Prozent auf 27 Prozent im Jahr 2050. Die Deutschen werden also vielleicht nicht weniger, aber definitiv älter.

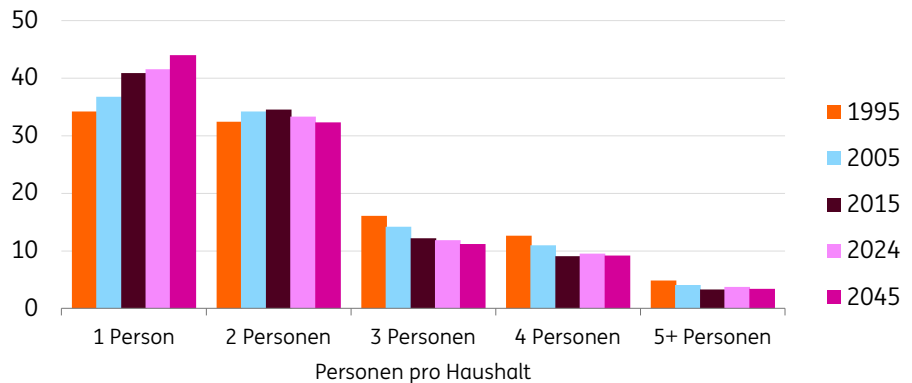
Kleinere Haushalte: Gleiche Population, mehr Wohnbedarf

Deutschland leidet insbesondere in Großstädten unter einem akuten Wohnungsmangel. Für die Wohnraumnachfrage ist jedoch nicht nur entscheidend, wie viele Menschen in Deutschland leben, sondern zusätzlich wie sie leben. Denn, ob jemand allein wohnt oder mit anderen zusammen, beeinflusst direkt, wie viele Wohnungen tatsächlich benötigt werden. Zwei Singles, die zusammenziehen, reduzieren den Wohnungsbedarf um eine Einheit und das ganz ohne Veränderung der Bevölkerungszahl. Die durchschnittliche Haushaltsgröße wird damit zu einer zentralen Kennziffer, wenn es darum geht, den Wohnraumbedarf realistisch einzuschätzen.

Seit Beginn der Erhebungen Ende der 1950er-Jahre befindet sich die durchschnittliche Haushaltsgröße in Deutschland auf einem kontinuierlichen Abwärtstrend – und das in jedem Bundesland. Lag sie 1991 noch bei 2,3 Personen, sank sie bis 2024 auf 2,0. Wie in Abbildung 1 dargestellt, lässt sich der langfristige Rückgang der durchschnittlichen Haushaltsgröße vor allem auf den stetig wachsenden Anteil der Einpersonenhaushalte zurückführen – ein Trend, der sich auch

in Zukunft fortsetzen dürfte. Größere Haushaltskonstellationen hingegen haben ihren Höhepunkt bereits überschritten.

Abb. 1: Häufigkeit der Haushaltsgrößen nach Personenanzahl in %



Quelle: Statistisches Bundesamt, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR)

Bis zum Jahr 2024 stammen die Daten vom Statistischen Bundesamt, die Prognose für 2045 ist vom BBSR.

Die Ursachen für diese Entwicklung sind vielfältig. Ein zentraler Faktor ist die spätere Familiengründung, die dazu führt, dass weniger Paare zusammenziehen und somit die durchschnittliche Haushaltsgröße, wie im Eingangsbeispiel beschrieben, nicht steigt, sondern sinkt. Hinzu kommt die seit Jahrzehnten rückläufige Geburtenrate, die die Zahl der Haushalte mit mehr als zwei Personen zusätzlich reduziert. Auch die demografische Alterung trägt zur Verkleinerung der Haushalte bei. Mit zunehmendem Alter steigt die Wahrscheinlichkeit, dass ein Lebenspartner verstirbt und die Haushaltsgröße sich auf diese Weise reduziert. Besonders betroffen von dieser Art der Haushaltsverkleinerung sind häufig Frauen, da sie im Durchschnitt nicht nur länger leben, sondern meist auch noch jünger als ihre Partner sind.

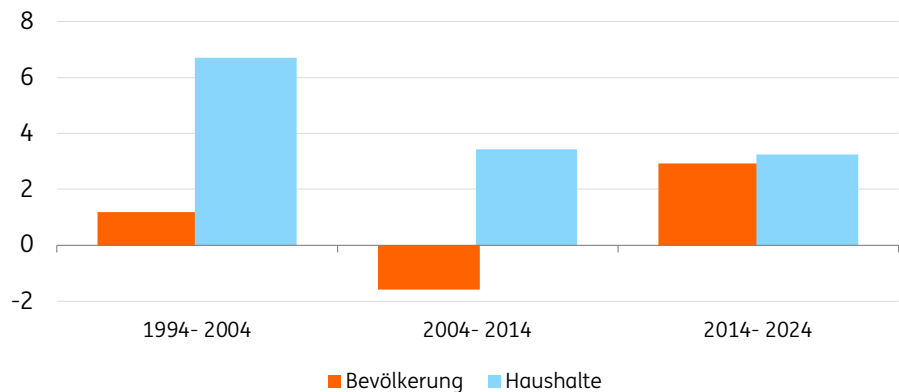
Laut Prognose des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) soll nur der Anteil der Einpersonenhaushalte bis 2045 steigen – um zwei Prozentpunkte auf 44 Prozent. Der stärkste Rückgang betrifft Haushalte mit zwei Personen. Die Häufigkeit von Haushalten mit drei oder mehr Mitgliedern ist ebenfalls rückläufig, wenn auch weniger stark. Dieser Wandel der Haushaltsstruktur würde die durchschnittliche Haushaltsgröße von derzeit 2,0 auf 1,97 senken. Eine scheinbar geringe Veränderung mit spürbaren Folgen: geht man von einer konstanten Bevölkerungszahl aus, führt bereits dieser Rückgang zu einem Zuwachs von rund einer Million Haushalten. Die Zahl der Haushalte würde damit von 41 auf 42 Millionen steigen – ohne dass auch nur eine zusätzliche Person in Deutschland lebt. Der Effekt auf die Wohnungsnachfrage wäre vergleichbar mit einer zusätzlichen jährlichen Nettomigration von etwa 50.000 Personen. Dabei handelt es sich noch um eine konservative Schätzung: Das Statistische Bundesamt ging im Jahr 2020 noch von einem stärkeren Rückgang der Haushaltsgröße auf 1,92 aus. Sollte dieses Szenario eintreten, würde sich die Zahl der neu entstehenden Haushalte nochmal verdoppeln.

Die Auswirkungen dieses Trends lassen sich in Abbildung 2 erkennen: In allen betrachteten Zeiträumen nahm die Anzahl der Haushalte prozentual stärker zu als die Bevölkerungszahl. Besonders ausgeprägt war dieser Effekt zwischen 1994 und 2004: Während die Bevölkerung in diesem Zeitraum lediglich um 1,2 Prozent wuchs, nahm die Zahl der Haushalte um nahezu 7 Prozent zu. Noch bemerkenswerter ist die zweite der dargestellten Perioden, die zeigt, dass selbst bei

rückläufiger Bevölkerungsentwicklung die Zahl der Haushalte steigen kann. Was zunächst widersprüchlich erscheint, lässt sich durch die sinkende durchschnittliche Haushaltsgröße erklären.

In der Periode von 2014 bis 2024 zeigt sich, dass die Differenz zwischen Haushalts- und Bevölkerungswachstum zwar weiterhin positiv bleibt, jedoch deutlich geringer ausfällt als in den vorangegangenen Zeiträumen. Grundsätzlich ist zu erwarten, dass diese Differenz mit der Zeit sinkt, da die Geschwindigkeit, mit der die durchschnittliche Haushaltsgröße abnimmt, sich verringert. Der besonders starke Rückgang in dieser Periode lässt sich jedoch nicht allein durch diesen strukturellen Trend erklären, sondern vielmehr durch zwei Sondereffekte: Die Jahre 2020 und 2022 markieren die einzigen Zeitpunkte in der jüngeren Vergangenheit, in denen die durchschnittliche Haushaltsgröße vorübergehend wieder anstieg. Verantwortlich dafür waren die Auswirkungen der Corona-Pandemie sowie des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine.

Abb. 2: Relative Veränderung der Haushalts- und Bevölkerungsanzahl in %



Quelle: Statistisches Bundesamt

Während das Homeoffice heute vielerorts ein partielles Überbleibsel der Coronazeit ist, war damals noch unklar, ob es nicht zum neuen Normalzustand werden würde. Auch das Studium verlagerte sich weitgehend ins Digitale. Ein Umzug, ob für Studierende oder Berufstätige, wurde dadurch vielerorts überflüssig und in der Hochphase der Pandemie sogar faktisch unmöglich. Dieser Effekt wurde durch die stark gestiegenen Lebenshaltungskosten infolge des Kriegs in der Ukraine zusätzlich verstärkt. Insbesondere die Preissteigerungen bei Energie, Mieten und Lebensmitteln zwangen viele dazu, ihre Wohnsituation neu zu überdenken. Hinzu kam die demografische Struktur der ukrainischen Geflüchteten: Fast 30 Prozent waren Kinder und Jugendliche, die meist gemeinsam mit einem oder beiden Elternteilen untergebracht wurden, was zu einem überdurchschnittlichen Zuwachs an Mehrpersonenhaushalten führte.

Die Veränderung der Haushaltsstruktur erhöht nicht nur den absoluten Bedarf nach Wohnungen, sondern verschärft auch das strukturelle Missverhältnis zwischen der Art des verfügbaren Wohnraums und den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung – insbesondere in Großstädten. Dort dominiert weiterhin ein Wohnungsangebot, das auf mittelgroße Haushalte zugeschnitten ist: Mehr als die Hälfte der Wohnungen verfügt über drei bis vier Zimmer. In Städten wie Hamburg oder Karlsruhe übersteigt die Zahl der Wohnungen mit fünf und mehr Räumen sogar die der Ein- und Zweizimmerwohnungen. Da Einpersonenhaushalte besonders in urbanen Räumen bereits den Löwenanteil ausmachen und dieser Trend voraussichtlich anhält, steht die bestehende Angebotsstruktur in deutlichem Widerspruch zur tatsächlichen Nachfrage. Hinzu kommt, dass mit dem

demografischen Wandel auch die Nachfrage nach barrierefreien und insbesondere nach Erdgeschosswohnungen steigen wird, denn ältere Menschen sind zunehmend auf solche Wohnformen angewiesen.

Die sinkende Haushaltsgröße wirkt somit doppelt: Sie erhöht die Wohnraumnachfrage insgesamt und verschärft zugleich die strukturellen Defizite des aktuellen Wohnungsmarktes.

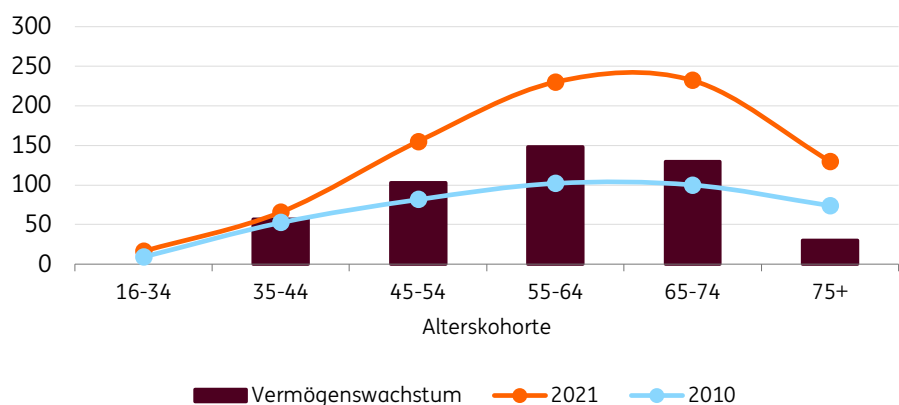
Vermögensillusion im Alter: Was die Daten nicht zeigen

Bereits in den 1950er-Jahren entwickelte der Ökonom Franco Modigliani die sogenannte Life-Cycle-Hypothese. Sie geht davon aus, dass Menschen im Laufe ihres Lebens Vermögen aufbauen, um es im Alter schrittweise zu verbrauchen, mit dem Ziel, ihren Lebensstandard auch nach dem Erwerbsleben möglichst stabil zu halten. Die Vermögensentwicklung folgt dabei idealtypisch einem Bogen: In jüngeren Jahren nimmt das Vermögen zu, im höheren Alter sinkt es wieder.

Abbildung 3 zeigt, wie sich die Vermögensentwicklung in der Realität verhält. Gezeigt wird der Median des Vermögens für verschiedene Alterskohorten in den Jahren 2010 und 2021. Die Veränderung des Vermögens, die als Balken dargestellt wird, ergibt sich als Differenz des Vermögens einer Kohorte im Jahr 2021 abzüglich des Vermögens der nächstjüngeren Kohorte im vorherigen Zeitraum. Dies ist intuitiv verständlich, da ein Befragter im Jahr 2010 bei der nächsten Befragung zehn Jahre älter ist und somit die Kohorte gewechselt hat

Modiglianis Theorie trifft zumindest in der ersten Lebenshälfte zu: Das Vermögen wird im arbeitsfähigen Alter vermehrt und steigt bis zum Renteneintritt kontinuierlich an. Anstatt jedoch nun die Früchte der Arbeit zu ernten und die aufgebauten Vermögen zu verkonsumieren, passiert das Gegenteil – die Vermögen wachsen weiter. Modiglianis Theorie scheint also nicht in der Lage, die Entwicklung des Medianvermögens im Verlauf des Lebens zu erklären. Gleiches gilt für das durchschnittliche Vermögen.

Abb. 3: Median des Nettovermögens (ohne gesetzliche und betriebliche Rentenansprüche) und dessen Zuwachs in tausend Euro



Quelle: Eurosystem HFCS

Die Gründe für diesen Zusammenhang sind vielschichtig: Ein Blick auf die Vermögensverteilung der Alterskohorte 65+ zeigt, dass ein Großteil ihres Wohlstands in realen Werten liegt, insbesondere in Wohneigentum. Zwar empfiehlt der nüchterne Ökonom aus Sicht der Nutzenmaximierung den Verkauf des Hauses, doch in der Realität überwiegt häufig die emotionale Bindung an das vertraute Zuhause. Zudem mag das sprichwörtliche letzte Hemd keine Taschen haben, aber

die Brieftaschen der Kinder und Enkelkinder bleiben ein durchaus wirksamer Beweggrund zu sparen. Neben dem Wunsch zu vererben und der Bindung an das Eigenheim kommen im höheren Alter auch gesundheitliche Einschränkungen hinzu, die den Konsum begrenzen: Schließlich lässt es sich in den tiefen Sportwagen nur schwer einsteigen, und Designerstühle sind nichts für den Rücken.

Bevor jedoch voreilige Schlüsse gezogen werden, lohnt sich ein Blick auf die Methodik der Datenerhebung. Dabei fällt auf, dass Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeeinrichtungen in den Befragungen nicht berücksichtigt werden, da sie per Definition nicht als eigene Haushalte gelten. Da fast 10 Prozent der über 74-Jährigen in Pflegeheimen leben, handelt es sich um eine erhebliche Verzerrung der Grundgesamtheit.

Die Daten blenden also genau jene Gruppe aus, die durch stationäre Pflege mit erheblichen Kosten konfrontiert ist. In diesem Jahr wurde ein neuer Negativrekord bei den Pflegekosten erreicht. Der Eigenanteil stieg im bundesweiten Durchschnitt im ersten Jahr auf über 3.000 Euro pro Monat und liegt damit deutlich über der gesetzlichen Durchschnittsrente, die im Jahr 2023 bei 1.102 Euro lag. Ein Abbau des erarbeiteten Vermögens ist für diese Gruppe in den meisten Fällen also unausweichlich.

Genauere Werte ließen sich nur mit einem vollständigen Datensatz berechnen, der alle Haushalte der Gruppe 75+ umfasst, unabhängig davon, ob sie in stationärer Pflege leben oder nicht. Würden also Pflegeheimbewohner in den Statistiken mitgenommen werden, würde sich sehr wahrscheinlich ein deutlicher Vermögensabbau feststellen lassen. Modigliani hat also doch Recht. Allerdings ist der Vermögensabbau Folge einer anderen Art Konsums als er zu seiner Zeit bedacht hatte.

Demographischer Wandel ist mehr als Rente

Die langfristigen Veränderungen in Haushaltsstruktur und Vermögensverteilung zeigen, wie tiefgreifend sich die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen durch den demographischen Wandel verschieben. Viele der damit verbundenen Herausforderungen sind seit Jahren bekannt, von der Alterung der Gesellschaft bis hin zur finanziellen Belastung im Pflegealter. Eine umfassende politische Reaktion bleibt bislang jedoch aus. Die Politik ist gefordert, Rahmenbedingungen zu schaffen, die Familiengründung erleichtern, Migration steuern und den Wohnungsmarkt modernisieren. Auch die Pflege muss neu gedacht werden. Der demographische Wandel in Deutschland hat nicht nur Folgen für das Rentensystem, sondern zieht viel weitere Kreise.

Disclaimer / wichtige rechtliche Hinweise

Diese Veröffentlichung wurde von der volkswirtschaftlichen Abteilung der ING Deutschland („ING“) zu reinen Informationszwecken erstellt, ohne Berücksichtigung von Anlagezielen, finanzieller Situation oder Mitteln einzelner Nutzer/Leser. Die Informationen in dieser Veröffentlichung stellen weder eine Anlageempfehlung noch eine Anlage-, Rechts- oder Steuerberatung oder ein Angebot oder eine Aufforderung zur Abgabe eines Angebots zum Kauf oder Verkauf eines Finanzinstruments dar. Mit angemessener Sorgfalt wurde darauf geachtet, dass die Angaben in dieser Veröffentlichung nicht unzutreffend oder irreführend sind; ING gewährleistet nicht ihre Genauigkeit oder Vollständigkeit. ING haftet nicht für Schäden, die direkt, indirekt oder mittelbar aus der Nutzung dieser Veröffentlichung entstehen. Wenn nicht anders angegeben, sind alle Ansichten, Voraussagen oder Einschätzungen allein die des Autors oder der Autoren zum Zeitpunkt der Veröffentlichung und können sich ohne Ankündigung ändern.

Die Verbreitung dieser Veröffentlichung kann durch Gesetz oder Verordnung in verschiedenen Rechtsordnungen eingeschränkt werden. Wer in den Besitz dieser Veröffentlichung gelangt, sollte sich über derartige Einschränkungen informieren und diese beachten.

Der Inhalt dieser Veröffentlichung und der zugrunde liegende Datenbestand sind urheberrechtlich geschützt. Wiedergabe, Vertrieb oder Veröffentlichung sind nur mit ausdrücklicher Genehmigung der ING gestattet. Alle Rechte sind vorbehalten. Die ING Deutschland wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) beaufsichtigt. Die ING Deutschland hat ihren Sitz in Frankfurt am Main und ist eingetragen im Handelsregister des Amtsgerichts Frankfurt am Main unter der Registernummer HRB 7727.